

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN

für Dienstleistungen der Firma InterLog Management GmbH

Stand 31.03.2026

§ 1 – Unternehmensinformationen

1.1 Die Firma InterLog Management umfasst die nachfolgenden Unternehmen:

Niederlassung Schweiz

InterLog Management GmbH
Allee 1B (Businesspark Sursee)
6210 Sursee
Schweiz

MwSt-Nr.: CHE-115.204.687
HR-Firmen-Nr.: CH-400.4.032.210-3

Niederlassung Deutschland

InterLog Management GmbH
Konrad-Zuse-Straße 1
44263 Dortmund
Deutschland

USt-IdNr.: DE292658335
HR-Firmen-Nr. D: 25995

Niederlassung Österreich

InterLog Management GmbH
Wagner-Biro-Straße 47
8020 Graz
Österreich

USt-IdNr.: ATU78328409
Firmenbuch: FN 581664p

§ 2 – Geltungsbereich

2.1 Die nachstehenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten für alle Rechtsgeschäfte und Dienstleistungen welche durch die Firma InterLog Management – nachstehend Auftragnehmer genannt – für den jeweiligen Vertragspartner – nachstehend Auftraggeber genannt, erbracht werden. Im Weiteren sind die allgemeinen Geschäftsbedingungen fester Bestandteil aller durch InterLog Management geschlossenen Beratungs- und Dienstleistungsverträge und für Verträge, deren Gegenstand die Erteilung von Rat und Auskünften durch den Auftragnehmer an den Auftraggeber bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung unternehmerischer oder fachlicher Entscheidungen und Vorhaben, insbesondere in folgenden Bereichen ist:

- Unternehmensführung / Managementberatung
- Logistik / Supply Chain - Beratung
- Beratung im Bereich Datenverarbeitung IT und Digitalisierung
- Auswahlentscheidungen und Systemevaluationen
- Beratung im Bereich Controlling / Business Intelligence
- Beratung im Bereich Verwaltung und Organisation

2.2 Die Vertragsparteien vereinbaren die Zusammenarbeit gemäss der spezifischen, individualvertraglichen Vereinbarung genannt Mandats – Vertrag oder Projekt – Vertrag («Vertrag»).

2.3 Änderungen dieser Geschäftsbedingungen, welche durch den Auftragnehmer vorgenommen wurden, werden dem Auftraggeber schriftlich bekannt gegeben. Sie gelten als genehmigt, wenn der Auftraggeber nach Erhalt der Änderungen nicht schriftlich

Widerspruch erhebt. Der Auftraggeber muss den Widerspruch innerhalb von 15 Arbeitstagen nach Bekanntgabe der Änderungen an den Auftragnehmer absenden. Ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftraggebers gelten nur, wenn diese vom Auftragnehmer ausdrücklich schriftlich anerkannt worden sind.

§ 3 – Vertragsgegenstand

- 3.1 Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte, im Vertrag bezeichnete Beratungstätigkeit, nicht die Erzielung eines bestimmten wirtschaftlichen Erfolges oder die Erstellung von Gutachten oder anderen Werken. Die Leistungen des Auftragnehmers sind erbracht, wenn die erforderlichen Analysen, die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen und die Empfehlungen erarbeitet und gegenüber dem Auftraggeber erläutert sind. Unerheblich ist, ob oder wann die Schlussfolgerungen bzw. Empfehlungen umgesetzt werden.
- 3.2 Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer Auskunft über den Stand der Auftragsausführung zu erteilen bzw. nach Ausführung des Auftrags Rechenschaft abzulegen durch einen schriftlichen Bericht, der den wesentlichen Inhalt von Ablauf und Ergebnis der Beratung wiedergibt. Soll der Auftragnehmer einen umfassenden, schriftlichen Bericht, ins- besondere zur Vorlage an Dritte erstellen, muss dies gesondert vereinbart werden.
- 3.3 Der Auftragnehmer führt alle Arbeiten mit grösster Sorgfalt und stets auf die individuelle Situation und die Bedürfnisse des Auftraggebers bezogen durch.
- 3.4 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, in den Erhebungen, Analysen und weiteren Tätigkeiten die Situation des Unternehmens im Hinblick auf die Fragestellung richtig und vollständig wiederzugeben. Von Dritten oder vom Auftraggeber gelieferte Daten werden nur auf Plausibilität überprüft. Die aus den Untersuchungen abzuleitenden Schlussfolgerungen und Empfehlungen erfolgen nach bestem Wissen und nach anerkannten Regeln von Wissenschaft und Praxis. Die Darstellung der Empfehlungen erfolgt in verständlicher und nachvollziehbarer Weise.
- 3.5 Soweit nicht anders vereinbart, kann der Auftragnehmer sich zur Auftragsausführung sach- verständiger Unterauftragnehmer bedienen, wobei er dem Auftraggeber stets unmittelbar verpflichtet bleibt. Der Auftragnehmer hat gehörig ausgebildete und mit den nötigen Fachkenntnissen versehene Mitarbeiter einzusetzen und diese bei der Auftragsausführung fort- laufend zu betreuen und zu kontrollieren. Im Übrigen entscheidet er nach eigenem Ermessen, welche Mitarbeiter er einsetzt oder austauscht.

§ 4 – Zustandekommen des Vertrages

- 4.1 Ein Vertrag mit dem Auftragnehmer kommt durch die Übermittlung des unterschriebenen Auftrags oder Auftragsangebots auf dem Postweg oder per E-Mail oder durch die Übermittlung der Auftragsbestätigung durch den Auftragnehmer mittels E-Mail oder auf dem Postweg zustande. Der Vertrag beinhaltet insbesondere auch die vorliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen.
- 4.2 Der Gegenstand des Vertrages bzw. die genaue Aufgabenbezeichnung wird im entsprechenden Angebot detailliert geregelt.

Insbesondere werden geregelt:

- Der Leistungs- und Lieferumfang
- Termine

§ 5 – Kündigung des Vertrages

- 5.1 Der Vertrag beginnt und endet am spezifisch und individuell vereinbarten Zeitpunkt.
- 5.2 Der Vertrag kann ordentlich gekündigt werden. Diesbezüglich wird je nach Mandats- bzw. Projektumfang eine Frist von 4 - 6 Wochen zum Monatsende vereinbart.
- 5.3 Eine Kündigung unmittelbar nach Vertragsabschluss und vor Beginn der Leistungserbringung ist nicht vorgesehen. Sie ist nur möglich, wenn der Auftragnehmer seinen vertraglich vereinbarten Verpflichtungen nachweislich nicht nachkommen kann. Kündigt der Auftraggeber entgegen diesem Vertragspunkt 5.3 vor Beginn des Vertrages, ist der Auftragnehmer für seinen Arbeitsausfall angemessen zu entschädigen. Hierfür wird pauschal CHF/EUR 10.000,00 des Mandatsumfanges vereinbart.
- 5.4 Die Kündigung bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

§ 6 – Leistungsumfang

- 6.1 Die vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen umfassen in der Regel die detailliert aufgelisteten Aufgaben, gemäss dem vom Auftraggeber erteilten Mandats- bzw. Projektvertrag.
- 6.2 Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber in zu definierenden, regelmässigen Abständen über das Ergebnis seiner Tätigkeit in Kenntnis setzen.
- 6.3 Ist dem Auftragnehmer die vertraglich geschuldete Erbringung eines Auftrags tatsächlich nicht möglich, so hat der den Auftraggeber unverzüglich darüber in Kenntnis zu setzen.
- 6.4 Der Auftragnehmer stellt die zur Leistungserbringung erforderlichen Gerätschaften und das nötige Personal, sofern der Auftraggeber nicht über entsprechendes Gerät oder Räumlichkeiten verfügt.
- 6.5 Die Parteien sind bemüht, nach bestem Wissen und Gewissen den Vertragspartner bei der Erbringung der jeweiligen Verpflichtung durch Überlassen von Informationen, Auskünften oder Erfahrungen zu unterstützen, um einen reibungslosen und effizienten Arbeitsablauf für beide Parteien zu gewährleisten.

§ 7 – Leistungsänderungen / Mandats – Anpassungen

- 7.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Änderungsverlangen des Auftraggebers Rechnung zu tragen, sofern ihm dies im Rahmen seiner betrieblichen Kapazitäten, insbesondere hinsichtlich des Aufwandes und der Zeitplanung zumutbar ist.
- 7.2 Soweit sich die Prüfung der Änderungsmöglichkeiten oder die Realisierung der gewünschten Änderungen auf die Vertragsbedingungen auswirken, insbesondere auf den Aufwand des Auftragnehmers oder den Zeitplan, vereinbaren die Parteien eine angemessene Anpassung der Vertragsbedingungen, insbesondere Erhöhung der Vergütung und Verschiebung der Termine. Soweit nichts anderes vereinbart ist, führt der Auftragnehmer in diesem Fall bis zur Vertragsanpassung die Arbeiten ohne Berücksichtigung der Änderungswünsche durch.
- 7.3 Ist eine umfangreiche Prüfung des Mehraufwandes notwendig, kann der Auftragnehmer eine gesonderte Beauftragung hierzu verlangen.
- 7.4 Änderungen und Ergänzungen des Auftrags bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Protokolle über diesbezügliche Besprechungen oder den Projektsachstand werden dem gerecht, sofern sie von den Bevollmächtigten beider Seiten unterzeichnet sind.

§ 8 – Verschwiegenheitspflicht

- 8.1 Der Auftragnehmer ist zeitlich unbegrenzt verpflichtet, über alle als vertraulich bezeichneten Informationen oder Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse des Auftraggebers, die ihm im Zusammenhang mit dem Auftrag bekannt werden, Stillschweigen zu wahren. Die Weitergabe an nicht mit der Durchführung des Auftragsbeschäftigte Dritte darf nur mit schriftlicher Einwilligung des Auftraggebers erfolgen.
- 8.2 Der Auftragnehmer übernimmt es, alle von ihm zur Durchführung des Auftrags eingesetzten Personen auf die Einhaltung dieser Vorschrift zu verpflichten.
- 8.3 Der Auftragnehmer ist befugt, im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftrags die ihm an- vertrauten personenbezogenen Daten unter Beachtung der Datenschutzbestimmungen zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

§ 9 – Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

- 9.1 Der Auftraggeber ist verpflichtet, den Auftragnehmer nach Kräften zu unterstützen und in seiner Betriebssphäre alle zur ordnungsgemässen Auftragsausführung notwendigen Voraussetzungen zu schaffen; insbesondere hat er alle für die Auftragsdurchführung notwendigen oder bedeutsamen Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.
- 9.2 Auf Verlangen des Auftragnehmers hat der Auftraggeber die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihm vorgelegten Unterlagen sowie seiner Auskünfte und mündlichen Erklärungen schriftlich zu bestätigen.

§ 10 – Vergütung / Zahlungsbedingungen / Aufrechnung

- 10.1 Das Entgelt für die Dienste des Auftragnehmers wird nach den für die Tätigkeit aufgewendeten Zeiten berechnet (Zeithonorar) oder als Festpreis schriftlich vereinbart. Ein nach dem Grad des Erfolges oder nur im Erfolgsfall zu zahlendem Honorar ist stets ausgeschlossen. Sofern nicht anders vereinbart, hat der Auftragnehmer neben der Honorarforderung Anspruch auf Ersatz der Auslagen. Einzelheiten der Zahlungsweise sind im Vertrag geregelt.
- 10.2 Soweit bei längerfristigen Verträgen nach Aufwand abgerechnet wird, gelten die jeweils aktuellen Tages- und Spesensätze des Auftragnehmers. Diese sind dem Auftraggeber jeweils auszuhändigen. Bei Verträgen, die im letzten Quartal des laufenden Geschäftsjahres abgeschlossen werden, gelten die vereinbarten Preise auch für das folgende Jahr. Übersteigt die Preisänderung die marktüblichen Preise nicht nur unerheblich, kann der Auftraggeber den Vertrag kündigen.
- 10.3 Mehrere Auftraggeber (natürliche und / oder juristische Personen) haften gesamtschuldnerisch.
- 10.4 Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Auftragnehmers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen, rechtskräftig festgestellten oder entscheidungsreifen Forderungen zulässig.
- 10.5 Dem Dienstleistungspreis liegt der Umfang der geschuldeten Arbeitstätigkeit zugrunde. Diese findet ihre vertragliche Grundlage in den Vorschriften des Mandats- bzw. Projektvertrags.
- 10.6 Sämtliche Zahlungen sind 20 Tage nach Rechnungsstellung ohne jeden Abzug fällig. Bei Überschreitung der Zahlungstermine steht dem Auftragnehmer ohne weitere Mahnung ein Anspruch auf Verzugszinsen in Höhe von 2 % – über dem Referenzzinssatz Euro Short Term Rate (ESTER) – zu. Das Recht der Geltendmachung eines darüber hinausgehenden Schadens bleibt unberührt.

- 10.7 Sämtliche Leistungen des Auftragnehmers verstehen sich zuzüglich der im Erfüllungsland gesetzlich aktuellen gültigen Mehrwertsteuer. Die gesetzliche Umsatzsteuer ist allen Preisangaben hinzuzurechnen und in den Rechnungen gesondert auszuweisen.

§ 11 – Mängelbeseitigung

- 11.1 Soweit die Leistungen nachbesserungsfähig sind, wird der Auftragnehmer etwaige von ihm zu vertretende Mängel beseitigen, soweit ihm das mit einem angemessenen Aufwand möglich ist. Der Auftraggeber hat etwaige Mängel unverzüglich schriftlich zu benennen, spätestens jedoch innerhalb von 15 Arbeitstage nach Leistungserbringung.
- 11.2 Bei Fehlschlägen der Nachbesserung kann der Auftraggeber auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückabwicklung des Vertrages verlangen. Ist der Auftrag von einem Unternehmer, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückabwicklung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nachbesserung für ihn ohne Interesse ist.

§ 12 – Schutz des geistigen Eigentums

- 12.1 Der Auftraggeber steht dafür ein, dass die im Rahmen des Auftrags vom Auftragnehmer gefertigten Berichte, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen nur für die vertraglich vereinbarten Zwecke verwandt und nicht ohne ausdrückliche Zustimmung im Einzelfall vervielfältigt, bearbeitet, übersetzt, nachgedruckt, weitergegeben oder verbreitet werden. Die Nutzung der erbrachten Beratungsleistungen für mit dem Auftraggeber verbundene Unternehmen bedarf einer ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.
- 12.2 Soweit Arbeitsergebnisse urheberrechtlich geschützt sind, bleibt der Auftragnehmer Urheber. Der Auftraggeber erhält in diesen Fällen das nur durch Ziffer 12.1 Satz 1 eingeschränkte, im Übrigen nach vollständiger Bezahlung des geschuldeten Entgelts, zeitlich und örtlich unbeschränkte, unwiderrufliche, ausschliessliche und nicht übertragbare Nutzungsrecht an den Arbeitsergebnissen.

§ 13 – Treuepflicht

- 13.1 Die Parteien verpflichten sich zur gegenseitigen Loyalität. Sie informieren sich unverzüglich wechselseitig über alle Umstände, die im Verlauf der Projektausführung auftreten und die Projektarbeiten beeinflussen können.
- 13.2 Zu unterlassen ist insbesondere die gegenseitige Einstellung oder sonstige Beschäftigung von Mitarbeitern oder ehemaligen Mitarbeitern der jeweiligen Parteien, die im Rahmen der Auftragsdurchführung tätig sind oder waren, vor Ablauf von zwölf Monaten nach Beendigung der Zusammenarbeit.
- 13.3 Der Auftraggeber verpflichtet sich, ihm zur Kenntnis gelangte Kündigungs- oder Veränderungsabsichten von zur Durchführung des Auftrags eingesetzten Mitarbeitern des Auftragnehmers diesem unverzüglich mitzuteilen.

§ 14 – Höhere Gewalt

- 14.1 Ereignisse höherer Gewalt, die die Leistung wesentlich erschweren oder zeitweilig möglich machen, berechtigen die jeweilige Partei, die Erfüllung ihrer Leistung, um die Dauer der Behinderung und eine angemessene Anlaufzeit hinauszuschieben. Der höheren Gewalt stehen Einflüsse und ähnliche Umstände gleich, soweit sie unvorhersehbar, schwerwiegend und unverschuldet sind. Die Parteien teilen sich gegenseitig unverzüglich den Eintritt solcher Umstände mit.

§ 15 – Zurückbehaltungsrecht / Aufbewahrung von Unterlagen

- 15.1 Bis zur vollständigen Begleichung seiner Forderungen hat der Auftragnehmer an den ihm überlassenen Unterlagen ein Zurückbehaltungsrecht, dessen Ausübung aber treuwidrig ist, wenn die Zurückbehaltung dem Auftraggeber einen unverhältnismässig hohen, bei Abwägung beider Interessen nicht zu rechtfertigenden Schaden zufügen würde.
- 15.2 Nach Ausgleich seiner Ansprüche aus dem Vertrag hat der Auftragnehmer alle Unterlagen herauszugeben, die der Auftraggeber oder ein Dritter ihm aus Anlass der Auftragsausführung übergeben hat. Dies gilt nicht für den Schriftwechsel zwischen den Parteien und für einfache Abschriften der im Rahmen des Auftrags gefertigten Berichte, Organisationspläne, Zeichnungen, Aufstellungen, Berechnungen etc., sofern der Auftraggeber die Originale erhalten hat.
- 15.3 Die Pflicht des Auftragnehmers zur Aufbewahrung der Unterlagen erlischt sechs Monate nach Zustellung der schriftlichen Aufforderung zur Abholung, im Übrigen drei Jahre, bei gem. § 15.1 zurückbehaltenen Unterlagen fünf Jahre nach Beendigung des Vertragsverhältnisses.

§ 16 – Haftung

- 16.1 Der Auftragnehmer haftet gegenüber dem Auftraggeber für die sorgfältige Ausführung seines Auftrags und die gewissenhafte Auswahl der eingesetzten Mitarbeitenden. Bei vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verursachung eines Schadens, ist die Haftung auf den zu Zeitpunkt des Vertragsabschlusses voraussehbaren, vertragstypischen Schaden beschränkt. Eine Haftung aus Schlechterfüllung besteht nur, wenn der Auftragnehmer seine Sorgfaltspflichten in grober Art und Weise verletzt. Keine Haftung besteht, wenn der Auftragnehmer vom Auftraggeber nicht über alle vertragswesentlichen Umstände informiert worden ist und der Schaden ursächlich aufgrund dieser Unterlassung zurückzuführen ist. Die Haftung für indirekte Schäden, wie Produktionsausfälle oder Produktionsunterbrüche, Umsatzeinbussen, Vermögensschäden, entgangene Gewinne etc. wird ausdrücklich wegbedungen.

§ 17 – Sonstiges

- 17.1 Rechte aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftragnehmer dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung abgetreten werden.
- 17.2 Für alle Ansprüche aus dem Vertrag gilt ausschliesslich Schweizer Recht.
- 17.3 Änderungen und Ergänzungen dieser Bedingungen oder des Vertrages bedürfen der Schriftform und müssen als solche ausdrücklich gekennzeichnet sein.
- 17.4 Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus dem Vertrag ist der Sitz des Auftragnehmers, sofern der Auftrag von einem Unternehmer, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt wurde.
- 17.5 Der Auftraggeber ist nicht berechtigt, seine Ansprüche aus dem Vertrag abzutreten.

§ 18 – Datenschutz

- 18.1 Die Parteien sind verpflichtet sich an die jeweils anwendbaren Datenschutzbestimmungen (DSG für die Schweiz, DSGVO für die in Deutschland/Österreich). Der Auftragnehmer richtet sich nach den entsprechenden länderspezifischen Gesetzen und Verordnungen. Die entsprechenden Datenschutzhinweise der Auftragnehmerin finden sich unter www.interlog-management.com/datenschutzhinweise/ .

§ 19 – Einsatz von KI (Microsoft Co-Pilot)

- 19.1 Der Auftragnehmer ist berechtigt, im Rahmen der Leistungserbringung Funktionen der Künstlichen Intelligenz einzusetzen, insbesondere Microsoft Copilot als Bestandteil der Microsoft-365-Umgebung. Der Einsatz erfolgt ausschliesslich innerhalb der zertifizierten, mandantengeschützten Microsoft-365-Tenant-Umgebung des Auftragnehmers.
- 19.2 Sämtliche im Rahmen des Mandats verarbeiteten Projekt-, Unternehmens- und Personendaten verbleiben vollständig innerhalb dieser Umgebung und werden nicht zur Weiterentwicklung oder zum Training externer KI-Modelle verwendet. Eine Datenübermittlung an nicht autorisierte Dritte erfolgt nicht.
- 19.3 Die Verarbeitung der Daten erfolgt stets gemäss den anwendbaren Datenschutzgesetzen, insbesondere dem Schweizer Datenschutzgesetz (DSG), der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sowie weiteren nationalen Bestimmungen, sofern diese zur Anwendung gelangen.
- 19.4 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass Ergebnisse, die unter Einsatz von KI-Tools entstehen, fachlich geprüft und verantwortet werden. Ein Anspruch auf KI-freie Leistungserbringung besteht nicht, es sei denn, dies wurde vom Auftraggeber ausdrücklich und schriftlich verlangt und vom Auftragnehmer bestätigt.

§ 20 – Salvatorische Klausel

- 20.1 Sollte eine oder mehrere der vorstehenden Bestimmungen ungültig sein, so soll die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon nicht berührt werden. Dies gilt auch, wenn in- innerhalb einer Regelung ein Teil unwirksam, ein anderer Teil aber wirksam ist. Die jeweils unwirksame Bestimmung soll von den Parteien durch eine Regelung ersetzt werden, die den wirtschaftlichen Interessen der Vertragsparteien am nächsten kommt und die den übrigen vertraglichen Vereinbarungen nicht zuwider läuft.